



KARL BLECHA
BUNDESMINISTER FÜR INNERES

II-2448 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Zahl: 50.115/100-II/2/87

Wien, am 30. November 1987

Betreff: schriftliche Anfrage der Abgeordneten Dr. PILZ und Genossen betr. Gewaltanwendung durch Exekutivbeamte (Nr. 946/J)

9861AB
1987 -12- 01
zu 946 JJ

ANFRAGEBEANTWORTUNG

Die von den Abgeordneten Dr. PILZ und Genossen am 5. Oktober 1987 an mich gerichtete Anfrage Nr. 946/J, betreffend Gewaltanwendung durch Exekutivbeamte, beantworte ich wie folgt:

Die vorliegende Anfrage ist eine aus einer Serie von insgesamt 59 gleichartigen Anfragen, die von den Abgeordneten Dr. PILZ und Genossen am gleichen Tag und mit gleichlautendem Text an mich gerichtet wurden. Alle diese Anfragen unterscheiden sich lediglich dadurch voneinander, daß am Schluß des Anfragetextes lapidare Hinweise auf die Person oder den Vorfall, auf den sich die Anfrage bezieht, angeführt werden.

Alle 59 Anfragen haben behauptete Übergriffe von Organen der Polizei oder Gendarmerie zum Gegenstand, wobei sich die maßgeblichen Ereignisse in den Jahren zwischen 1979 und 1987 zugetragen haben.

Wenngleich ich selbstverständlich das Recht der Abgeordneten zum Nationalrat, über alle Vorgänge im Bereich der staatlichen Voll-

- 2 -

ziehung Aufklärung zu verlangen, keineswegs in Frage stelle, so möchte ich gerade angesichts dieser Flut von Anfragen doch auch darauf verweisen, daß die Beantwortung derartiger Massenanfragen eine enorme und äußerst zeitaufwendige Belastung der Verwaltung verursacht und diese Belastung insbesondere dann das normale Maß bei weitem übersteigt, wenn sich Anfragen auf lange zurückliegende Sachverhalte beziehen und daher die Beantwortung gerade aus diesem Grund überaus komplizierte Nachforschungen erfordert.

Ganz allgemein stelle ich fest, daß jeder mir zur Kenntnis gelangende angebliche oder tatsächliche Übergriff von Organen der Polizei oder Gendarmerie stets genauestens und mit höchstmöglicher Objektivität untersucht wird und daß in allen diesen Fällen gegen die beschuldigten Beamten die erforderlichen strafrechtlichen und disziplinären Maßnahmen gesetzt werden. Ich lege größten Wert darauf, daß Anschuldigungen der geschilderten Art stets von außerhalb des Sicherheitsapparates gelegenen Instanzen, nämlich von den Staatsanwaltschaften bzw. Gerichten, auf ihre Stichhaltigkeit überprüft werden.

Im einzelnen führe ich zur vorliegenden Anfrage aus:

Zu A) Am 2.3.1983 kam es gegen 21.20 Uhr, nach Beendigung des Fußballspieles Austria Wien - FC Barcelona, beim Abströmen des Publikums zu einem Zwischenfall. Ein unbekannter Mann schoß vermutlich mit einer Schreckschußpistole Leuchtraketen in die Menschenmenge, woraus sich eine Rauferei, an der mehrere Personen beteiligt waren, entwickelte. Dabei wurde der unbekannte Schütze niedergeschlagen und mit Füßen getreten.

Dieser Vorfall wurde von drei Kriminalbeamten des Bezirkspolizeikommissariates Wien-Leopoldstadt, die im Stadion Dienst versehen hatten, beobachtet. Als die Kriminalbeamten, die sich als solche durch Vorzeigen der Dienstkarte zu erkennen gegeben hatten, die Raufenden trennen

- 3 -

wollten und gegen den Haupttäter die Festnahme aussprachen, wurden sie von dieser Gruppe angegriffen und zu Boden geworfen, wobei zwei Beamte erhebliche Verletzungen erlitten. Von einem der zunächst unbekannten Täter wurde auch der Versuch gemacht, einen auf dem Boden liegenden Kriminalbeamten die Dienstpistole, die er im Halfter trug, wegzunehmen. Der Tätergruppe gelang es nach Befreiung des Festgenommenen zunächst zu flüchten.

In weiterer Folge konnte ein vierter Kriminalbeamter hören, wie eine Gruppe von Personen sich darüber unterhielt, daß sie kurz vorher mehrere Kriminalbeamte bei einer Rauferei zusammengeschlagen hätten. Da die Personsbeschreibungen, die nach dem ersten Vorfall über Funk durchgegeben worden waren, auf die genannte Gruppe zutraf, begleitete der Kriminalbeamte diese Gruppe in der Prater Hauptallee, bis es ihm mit Unterstützung von Sicherheitswachebeamten möglich war, die Festnahme aller Angehörigen dieser Gruppe durchzuführen.

Im Bezirkspolizeikommissariat Wien-Leopoldstadt wurden mit den festgenommenen Personen niederschriftliche Vernehmungen durchgeführt, in deren Verlauf eine Abklärung des Täterkreises auf Grund der wechselseitigen Beschuldigung gelang. Darüberhinaus wurden von den ursprünglich festgenommenen Personen weitere Straftaten, vor allem im Bereich des 1. und 12. Wiener Gemeindebezirks, zugegeben. Mit allen Tätern mußten mehrere Niederschriften aufgenommen werden. Ein Raubüberfall auf eine Trafik in der Fußgängerzone des 1. Wiener Gemeindebezirks erschien auf Grund der Sicherstellung eines Teiles der Raubbeute (Feuerzeuge) bei den Tätern durch Sachbeweis geklärt. Ferner konnten bei den festgenommenen Personen selbstverfertigte Schlagwaffen (Gartenschläuche) und eine Reizspraydose sichergestellt werden. Die Festgenommenen behaupteten, bei der Vernehmung mißhandelt worden zu sein.

- 4 -

Zu B) Ja.

Zu C) Die Anzeige wurde von der Staatsanwaltschaft gemäß § 90 StPO zurückgelegt.

Zu D) Entfällt im Hinblick auf die Beantwortung der Frage C.

Zu E) Versetzungen erfolgten nicht.

Karl Gleicher